

B Ü R G E R I N F O R M A T I O N S S Y S T E M

Vorlage A 21/0129-01 - Beschlüsse

Betreff: "Mülheim wird Sicherer Hafen"
Antrag der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/ Die Grünen

Status: öffentlich **Vorlage- Art:** Antrag

Verfasser: Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN / CDU-Fraktion

Federführend: Amt 30 - Rats- und Rechtsamt

Beratungsfolge:

Rat der Stadt Mülheim an der Ruhr	Entscheidung
19.02.2021 Sitzung des Hauptausschusses anstelle des Rates der Stadt nach Delegation gemäß § 60 II GO NRW (Etat)	ungeändert beschlossen

19.02.2021 Rat der Stadt Mülheim an der Ruhr ungeändert beschlossen

Beschluss:

Der Hauptausschuss (anstelle des Rates der Stadt nach Delegation gem. § 60 Abs. 2 GO NRW) beschloss:

1. Die Stadt Mülheim an der Ruhr erklärt sich zum Sicherem Hafen. Sie erklärt sich damit solidarisch mit Menschen auf der Flucht und tritt für eine menschenwürdige Aufnahme von Geflüchteten und Asylsuchenden in Europa und in Deutschland ein.
2. Die Stadt Mülheim an der Ruhr leistet – über die politische Forderung hinaus – einen direkten Beitrag zur Linderung der Not an den EU-Außengrenzen, indem sie ihre Bereitschaft erklärt, über den geltenden Königsteiner-Verteilungsschlüssel hinaus, 50 weitere Geflüchtete bzw. Asylsuchende aufzunehmen.
3. Dabei sollen unbegleitete Minderjährige und Familien mit Kindern aus den Lagern an den EU-Außengrenzen bei der Aufnahme Vorrang haben.
4. Der Oberbürgermeister wird gebeten, diese Bereitschaft der Bundes- und Landesregierung mitzuteilen und sich dort für die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die Möglichkeit dieser kommunalen Direktaufnahme einzusetzen.
5. Die Stadt Mülheim an der Ruhr beschließt, ab dem Zeitpunkt des Vorliegens einer gesetzlichen Grundlage für eine kommunale Direktaufnahme, unmittelbar aktiv zu werden und die Aufnahme der Geflüchteten voranzutreiben.

Abstimmungsergebnis:

Die Beschlussfassung erfolgte mehrheitlich gegen 1 Nein-Stimme (AfD).

Beratungsverlauf:

16.6 „Mülheim wird Sicherer Hafen“
Antrag der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen
Vorlage: A 21/0129-01

Oberbürgermeister Marc Buchholz: Ich darf den Antragstellern das Wort erteilen.

Dr. Franziska Krumwiede-Steiner (GRÜNE): Danke. - Ich glaube, der Antrag ist selbsterklärend. Ich bin froh, dass wir ihn jetzt

so auf den Weg bringen können, in der Hoffnung, dass wir als eine der Städte, die „Sicherer Hafen“ werden, genannt werden können, die zeigen, dass wir solidarisch mit den Menschen sind, denen es gerade richtig schlecht geht, vor allem in den Flüchtlingslagern in Moria oder Lipa, aus denen wir immer die schrecklichen Bilder sehen. Wir möchten zeigen, dass wir solidarisch sind und für die Menschen Platz haben.

Auch wenn wir selbst wenig Geld haben, sollte es dafür aber allemal noch reichen, und wir hoffen, dass möglichst bald 50 geflüchtete Menschen zu uns kommen können und wir weiterhin dafür sorgen, dass diesen Menschen bei ihrer Integration geholfen wird, und dass dieser Antrag nicht nur Symbolcharakter hat. Denn wir stehen für eine integrative, solidarische Stadtgesellschaft, und insofern bin ich froh, dass wir das heute auf den Weg bringen.

(Beifall von den GRÜNEN
und von der CDU)

Oberbürgermeister Marc Buchholz: Vielen Dank für die Antragstellung. - Frau Wietelmann.

Margarete Wietelmann (SPD): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe diesen Antrag mit großer Verwunderung und auch etwas Enttäuschung gelesen. In früheren Zeiten war es eigentlich üblich, bei solchen Themen auch andere Fraktionen mit einzubeziehen und zu fragen, ob sie bereit seien, den Gedanken mitzutragen. Ich kann mich erinnern, dass ich in meiner noch nicht allzu lange zurückliegenden Zeit als Bürgermeisterin die Synode der Evangelischen Kirche im August besuchte und darauf hingewiesen wurde, dass eine Resolution an die Stadt gegeben werden sollte, die genau das zum Inhalt hatte, dem Bündnis „Städte Sichere Häfen“ beizutreten. Ich habe da das Wort ergriffen und gesagt, dass ich für diesen Gedanken in meiner Fraktion, aber auch den Fraktionen, von denen ich mir vorstellen könnte, dass sie diesem beitreten, werben würde.

Ich habe in der letzten Zeit immer wieder Kontakt mit der evangelischen Kirche aufgenommen und darüber gesprochen, dass es jetzt wirklich an der Zeit ist, diese Resolution an die Stadt weiterzugeben, was erfolgt ist. Wir hätten uns gerne auf dem Antrag gesehen, aber wenn das nicht gewollt ist, ist das eben so. Wir werden ihm trotzdem zustimmen.

Oberbürgermeister Marc Buchholz: Danke schön. - Herr von Wrese, Sie haben das Wort.

Alexander von Wrese (AfD): Der guten Ordnung halber noch mal das rekapitulierend, was ich schon in der Etatrede angesprochen habe: Die AfD-Fraktion lehnt den Antrag ab, allerdings nicht aus mangelnder Menschlichkeit oder Mitmenschlichkeit. Ich halte es auch für ungemein schwierig, ab dem 51. Migrantenzug zu sagen: Nein, der kommt nicht mehr nach. - Also, wenn wir dieses Fass aufmachen würden, müssten wir alle nehmen.

Vielmehr geht es mir darum, dass wir keine Rechtsgrundlage dafür sehen und als Rechtsstaatspartei sagen, dass es aufgrund der fehlenden Rechtsgrundlage und der klammen Haushaltssituation unverantwortlich wäre, wenn wir zuungunsten der Stadt Mülheim einen solchen Antrag positiv bescheiden würden.

Oberbürgermeister Marc Buchholz: Frau Dr. Krumwiede-Steiner.

Dr. Franziska Krumwiede-Steiner (GRÜNE): Margarete, die Kritik nehmen wir an. Beim nächsten Mal machen wir das zusammen.

(Margarete Wietelmann [SPD]:
Danke schön!)

Oberbürgermeister Marc Buchholz: Frau Strahl, bitte.

Sonja Strahl (Die PARTEI): Ich möchte kurz hinzufügen, dass auch wir von Die PARTEI diesen Antrag auf jeden Fall mit gestellt hätten, weil wir ihn ausdrücklich begrüßen.

Oberbürgermeister Marc Buchholz: Vielen Dank. - Der Oberbürgermeister erlaubt sich den Hinweis, dass ich Mülheim sehr wohl sehr gerne als „Sicheren Hafen“ möchte. Denn ich glaube, es ist ein wichtiges Zeichen, das von diesem Hause aus ausgehen kann, Menschen, die in Not sind, eine Heimat und Sicherheit zu geben. Trotz der Coronapandemie ist das ein wesentlicher Aspekt von Menschlichkeit.

Ich nehme als Oberbürgermeister aber auch den Punkt 4 im Antrag sehr ernst, dass die gesetzlichen Grundlagen für die Möglichkeit dieser kommunalen Direktaufnahme gegeben sein müssen, und das sage ich auch mit Blick auf unsere besondere Situation im Stärkungspakt: Das muss sich nicht ausschließen, aber das wird ein Punkt sein, der zu prüfen sein wird. Ich gehe allerdings davon aus, dass wir dieses Signal heute trotzdem senden können.

Lassen Sie mich Ihnen abschließend noch folgende Informationen geben: Die Aufnahmequote, die wir in Mülheim dem Grunde nach nach dem Königsteiner Schlüssel zu erfüllen haben, ist noch nicht erreicht. Ich denke, den Menschen, die zu uns kommen und als Nächstes zu uns kommen, auch aufgrund des Signals, dass wir Menschen aufnehmen wollen, ist es herzlich egal, ob sie im Rahmen des Königsteiner Schlüssels oder sozusagen außerhalb des Rahmens des Königsteiner Schlüssels aufgenommen werden. Sie brauchen die Sicherheit, die wir ihnen geben können, und dafür wollen wir uns, glaube ich, alle gemeinsam einsetzen.

Damit kommen wir zur Abstimmung, und ich bitte Sie um Ihr positives Votum. Wer ist für diesen **Antrag**? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Bei einer Gegenstimme **angenommen**.

(Beifall von den GRÜNEN, von der CDU, von der SPD, von der FDP, von der MBI, von Die PARTEI, von Ramona Baßfeld [BAMH], von Andrea Mobini Keshah [Die Linke], von Cevat Biciçi [WIR AUS Mülheim] und von der Zuschauertribüne)

Online-Version dieser Seite: <https://ratsinfo.muelheim-ruhr.de/buerger/vo021.asp?VOLFDNR=23481>